



## Recht auf Kommunikation – Eine Spurensuche in Lateinamerika

Wer Zugang zu Medien hat und womit kommuniziert wird, ist das Ergebnis gesellschaftlicher Aushandlungen. Klingt gut, heißt in der Praxis aber oft, dass längst nicht alle mitreden können. Zu selten gelingt es der Zivilgesellschaft, ihre Ansprüche gegen Regierungen und Telekommunikationsriesen durchzusetzen. Lateinamerika bildet da keine Ausnahme. Anders als in Deutschland findet dort jedoch eine lebhaftere Auseinandersetzung über das „Recht auf Kommunikation“ statt. Diese in den 1970er Jahren formulierte Forderung geht weit über die etablierten Garantien von Meinungs- und Informationsfreiheit hinaus. Ein Blick auf die partizipativen Medienentwürfe im südlichen Amerika zeigt: die Idee hat nicht an Aktualität verloren. Denn ob digital oder analog, im Äther oder per Glasfaserkabel – Kommunikation zu gestalten bleibt eine der wichtigsten Baustellen demokratischen Zusammenlebens.

## Recht auf Kommunikation – die Ursprünge

Bis heute drücken sich kommunikative Rechte vor allem in der Garantie freier Meinungsäußerung oder dem Zugang zu Informationen aus. Dieser so selbstverständlich erscheinende Anspruch ist das Ergebnis eines langen gesellschaftlichen Kampfes, der eng verwoben ist mit dem Streben nach demokratischem Zusammenleben. Das Recht, Ideen auch in gedruckter Form verbreiten zu können, war eine der zentralen Forderungen der bürgerlichen Revolutionen des 18. Jahrhunderts. Den Herrschenden die Lizenzvergabe zum Drucken streitig zu machen ebnete den Weg zur Pressefreiheit. Allen Fragen, wie Kommunikation und Medienmachen gesellschaftlich zu organisieren sei, stellte die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) im Jahr 1948 Empfehlungen voraus. Im Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) heißt es: „Jeder Mensch hat

das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“

Doch der scheinbare Freibrief, Meinungen und Informationen auch medial grenzenlos zu zirkulieren, hat Grenzen in nationalen Verfassungen und Gesetzen. Daran äußersten in den 1960er Jahren Zivilgesellschaften und zwischenstaatliche Organisationen zunehmend Kritik. Bemängelt wurden die politische Instrumentalisierung staatlicher Medienregulierung, die polarisierende Berichterstattung im Zeichen des Kalten Krieges und die starke Konzentration medialer Produktion. Damals wurden etwa 85 Prozent der weltweit verbreiteten Nachrichten von nur vier Agenturen aus den damals tonangebenden

Industriestaaten generiert. Ob Pazifismus, nationale Unabhängigkeitskämpfe oder Landreformen - viele gesellschaftlich relevante Themen konnten so kein breites Publikum finden. Ende der 1970er Jahre fanden jedoch emanzipative Forderungen aus der westlichen Welt mit denen der antikolonialen Bewegungen zusammen – in einer Kommission der UNESCO. Zu deren 16 Mitgliedern zählten auch der kolumbianische Autor Gabriel García Marquez und der chilenische Anwalt Juan Somavia. Gemeinsam machten sie sich daran, Empfehlungen für eine vielstimmige Welt zu sammeln.

Der 1980 veröffentlichte Bericht, der später als MacBride-Report bekannt wurde, forderte den damals zentralen Begriff des „Rechts auf Information“ heraus. Zum einen sollte es nicht mehr ausschließlich um individuelle Garantien gehen. Auch die kommunikativen Bedürfnisse gesellschaftlicher Gruppen sollten mitgedacht werden. Zum anderen lehnte die Kommission den technisch geprägten Begriff der Information ab. Denn dieser enthielt zwar das Versprechen, massiv Nachrichten, Musik und Unterhaltung empfangen zu können. Ein individueller oder kollektiver Anspruch, selbst Medien zu machen, ließ sich daraus jedoch nicht ableiten.

Stattdessen nahm die Kommission die Idee eines „Rechtes auf Kommunikation“ auf, die der französische Journalist Jean d'Arcy bereits Ende der 1960er Jahre geprägt hatte. Sie formulierte Forderungen und konkrete Empfehlungen, die bis heute Bestand haben. Ein grundsätzliches Anliegen des MacBride-Reports ist die Erweiterung der

individuellen Freiheit, seine Meinung zu sagen. Künftig sollte auch der Dialog und die Interaktion gesellschaftlicher Gruppen und Ethnien rechtlich gewährleistet werden. Gemeint waren damit nicht nur öffentliche Treffen und Unterhaltungen. Denn je mehr sich die Welt im Radio und Fernsehen drehte – und die Welt um sie – um so entscheidender schien es, diese „Medien zu demokratisieren.“

Dafür formulierte die Kommission drei Säulen. Zunächst sollten Kommunikationsmittel „plural“ gestaltet werden. Neben kommerziellen Anbietern sollten auch öffentliche und nicht-kommerzielle Medien Raum erhalten. Zugleich sollten diese medialen Räume „Diversität“ ausdrücken. Anstatt nur bekannte Formate und Nutzungsrechte zuzulassen, müsse auch Platz für Neues oder bisher Ungehörtes sein – man denke nur an die vielen indigenen Sprachen. Schließlich sprach sich der Report auch für Partizipation in und an Medien aus. Dies müsse grundsätzlich allen möglich sein. Jede Zeitschrift, Radio- und TV-Station war angehalten, darauf eine praktische Antwort zu finden. Vor allem aber sogenannte Community-Medien sollten all jenen eine Stimme verschaffen, die bisher keinen Zugang zu Mikrofonen hatten.

## Alte und neue Kommunikationsformeln

Umgesetzt wurde diese spannende Agenda eines „universellen Rechts auf Kommunikation und dem Zugang zu Information“ jedoch nie. Der Versuch, dieses als eigenständiges Recht in der AEMR zu verankern, scheiterte. Denn die USA und Großbritannien unterstützten den Aufbau einer „Neuen Weltordnung der Information und Kommunikation“ nicht. Sie kehrten der UNESCO für Jahre den Rücken und zogen sich politisch ganz auf wirtschaftsliberale Kommunikations-Theorien zurück. Erst 2005 und 2007, im Rahmen der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft WSIS (*World Summit on the Information Society*), fand wieder eine breitere inhaltliche Auseinandersetzung statt. Die UN-Veranstaltung fokussierte den Aufbau einer marktorientierten globalen Informationsgesellschaft, die Wissen als Ware verstand und den kostenpflichtigen Zugang zu Kommunikationsdienstleistungen harmonisieren wollte. Dem stellte das globale zivilgesellschaftliche Bündnis *Communication*



*Rights in the Information Society* (CRIS) im Vorfeld der Veranstaltung fundamentale Kritik entgegen: „Unsere Vision von Informationsgesellschaft fußt in einem Recht auf Kommunikation, verstanden als ein Mittel, das Menschenrechte erweitert und das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben der Menschen in ihren Communities stärkt.“

Während seiner fünfjährigen Existenz (2001-2006) war CRIS das einzige transnationale Bündnis, das Kritik an einer neoliberalen Informationsgesellschaft und Alternativen dazu formulierte. Medienaktivist\*innen, NRO, Radionetzwerke, soziale Bewegungen und auch einige linke Regierungen in aller Welt haben seitdem die Idee eines Rechts auf Kommunikation wach gehalten und versucht, in verbrieftes Recht zu verwandeln. Auch die Weltsozialforen waren seit dem ersten Treffen der Globalisierungskritiker\*innen 2001 im brasilianischen Porto Alegre stets ein Ort, an dem andere Möglichkeiten der Kommunikation diskutiert und erprobt wurden.

### Historische Kämpfe in Lateinamerika

Die herrschenden europäischen Königshäuser schränkten bereits im kolonialen Lateinamerika das Recht auf freie Rede systematisch und repressiv ein. Royale Drucklizenzen regelten die Produktion der aufkommenden Tagespresse und weiterer Schriften. Dennoch gelangte die Kunde der Revolutionen im nördlichen Amerika und in Frankreich an die Ohren jener alphabetisierten Schichten, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts Unabhängigkeitsbewegungen zwischen dem Rio Bravo und Feuerland anstachelten.

Auch nach Erlangen der Unabhängigkeit wurden bürgerliche Rechte nur zögerlich gewährt. Während Spanien die Pressefreiheit bereits 1812 einführte, geschah dies in Lateinamerika erst schrittweise in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Unbequeme Wortmeldungen wurden trotzdem weiterhin unterbunden. Im Brasilien des 19. Jahrhunderts starben Dutzende Journalisten durch die Hand von ihnen kritizierter Politiker und Großgrundbesitzer. In Mexiko flüchteten die Gründer der anarchistischen Zeitschrift *Regeneración*, Enrique und Jesus Flores Magón, vor

staatlichen Repressionen ins Exil. Die Zensur und Verfolgung kritischer Schreibender fand ihre Fortsetzung im Hörfunk und später im Fernsehen. Etabliert wurden für den Rundfunk auch Gesetze, die Senden ohne Genehmigung zur Straftat erklärten.

Nur an einigen Orten gelang es, Ausschlüsse und Zensur aufzubrechen. So zum Beispiel in Bolivien, wo in den 1940er und 1950er Jahren Bergbauarbeiter erfolgreich mehr als 30 Lokalradios organisierten, in spanischer Sprache und in Quechua. In den 1960er Jahren dann starteten befreiungstheologisch orientierte Basisgemeinden eine medienpolitische Initiative, die lange nachhallte. Tausende sogenannte Radioschulen wurden gegründet. Die Landbevölkerung sollte alphabetisiert, zugleich aber auch zu kritischem Denken und politischer Teilhabe animiert werden. Vielen Regierenden ging das zu weit; die Sendegenehmigungen wurden kontinuierlich zurückzogen.

### Subversion und Menschenrechtskonvention

Als militärisch-zivile Diktaturen in Südamerika ab Mitte der 1960er Jahre die zumindest formalrechtlich gewährten Garantien freier Meinungsäußerung weiter einschränkten, gewann subversives Medienschaffen an Bedeutung. Zeitschriften wie die brasilianische *O Pasquim* oder die argentinische *HUM*® erfanden immer neue Tricks, um die Zensoren zu täuschen. Klandestine Radiostationen – allen voran die Guerillasender Zentralamerikas – ergänzten die mediale Gegenöffentlichkeit. Das kubanische *Radio Rebelde* (1958-1959) und das



salvadorianische *Radio Venceremos* (1980-1991) übten im Äther Kritik an den Herrschenden und mobilisierten gegen das Regime.

An diesem prekären und gefährvollen Medienmachen änderte auch die 1969 unterzeichnete und 1978 in Kraft getretene Amerikanische Menschenrechtskonvention (AMRK) der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) wenig. Erst in den späten 1980er Jahren erfuhr der als Pakt von San José bekannt gewordene Vertrag die verdiente Aufmerksamkeit. Seine Artikel hielten u.a. Einzug in die brasilianische Verfassung von 1989 und wurden eine feste Referenz beim Kampf für demokratischere Medien.

Artikel 13 definiert die „Freiheit des Denkens und der Rede“ und ist bis heute eine der umfassendsten Garantien, um sich öffentlich zu Wort zu melden: „Jede Person hat das Recht auf Gedankenfreiheit und freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Freiheit ein, Informationen und Gedankengut jeder Art über die Landesgrenzen hinweg in mündlicher, schriftlicher und gedruckter Form, als Kunstwerk oder durch irgendein anderes Mittel eigener Wahl in Erfahrung zu bringen, zu empfangen oder weiterzugeben.“ Des weiteren schließt Artikel 13 jegliche Form von Zensur aus und verbietet die „Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung mittels indirekter Maßnahmen“, wie zum Beispiel den Missbrauch staatlicher Kontrollen bei der Herstellung von Papier oder der Vergabe von Radiofrequenzen.

## Demokratisierung vs. Monopole

Für die sozialen Bewegungen Lateinamerikas, die in den 1980er Jahren das Ende einer autoritären Ära einleiteten, war der Pakt von San José ein willkommenes Geschenk. Von Stadtteilorganisationen über Frauennetzwerke bis hin zu Landarbeiter\*innen waren alle interessiert, selbst Medien zu machen. Als wichtiger Verbündeter erwies sich der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte. Dieser interpretierte den Pakt von San José im Jahr 1985 äußerst konkret: Informationen zu suchen, zu empfangen und zu senden sei sowohl als individuelles als auch kollektives Recht zu verstehen.

Der Gerichtshof stellte weiterhin fest, dass die Existenz öffentlicher oder privater Medienmonopole die Menschenrechte verletze. Das Recht auf freie Meinungsäußerung verlange zudem nach seiner Durchsetzung. Doch das Handeln vieler lateinamerikanischer Regierungen der 1990er Jahre widersprach diesen Prämissen, Es stand ganz im Zeichen neoliberaler Privatisierungsdoktrinen, viele Staaten versteigerten Frequenzen an die meistbietenden Unternehmen.

Ähnliches geschah mit den Glasfasernetzen. Doch das Vertrauen in die unsichtbare Hand des Marktes wurde enttäuscht: Bis heute müssen viele ländliche Regionen Lateinamerikas ohne Mobilfunk und schnelles Internet auskommen. Investitionen in kommunikative Infrastruktur lohnen hier nicht, es fehlt an kaufkräftigen Konsument\*innen. Die brasilianische Regierung zog 2010 die Konsequenz und verstaatlichte das Glasfasernetz wieder.



Für eine aktive und gestalterische Rolle der Regierungen spricht sich auch die Organisation Amerikanischer Staaten aus. Der Bevölkerung müsse sowohl der Zugang zu bestehenden Kommunikationsdiensten als auch der Aufbau von partizipativen Bürgermedien ermöglicht werden. Die zunehmende legale Anerkennung solcher Community-Radios wird von Regierenden gern als Beleg angeführt, dass eine Pluralisierung der Medienlandschaften bereits stattfindet. Dieser Sicht widersprechen die Sonderberichterstatter\*innen für Meinungsfreiheit der Interamerikanischen Menschenrechtskommission CIDH. In ihren Jahresberichten dokumentieren sie regelmäßig die ungerechtfertigte Schließung solcher Sender.

Auch eine Studie des zivilgesellschaftlichen Think Tanks „Lateinamerikanisches Observatorium für Regulierung, Medien und Konvergenz“ kommt zu dem Schluss, dass die Medienkonzentration in der Region trotz punktueller Verbesserungen von 2000 bis 2014 weiterhin zugenommen hat.

## Erfolge und Rückschläge

Seit 2007 haben sieben Staaten (Argentinien, Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien, Mexiko und Uruguay) ihre Verfassungen bzw. Mediengesetze reformiert und Akzente in Richtung Pluralität und Diversität gesetzt. Außer Chile und Mexiko erwähnten alle Länder in ihren Gesetzestexten explizit ein abstraktes „Recht auf Kommunikation“ oder „zu kommunizieren“. Dennoch wird der Zugang zu audiovisuellen Medien weiterhin stark reguliert – in Bolivien wird das explizite „Recht auf Kommunikation“ gar nur Pressemitarbeiter\*innen gewährt. Dafür erkennen die Gesetze Boliviens und auch Ecuadors die Radios indigener Gemeinschaften an und sichern ihnen Förderung zu. Beide Länder reservieren zudem – ähnlich wie Argentinien und Uruguay – ein Drittel des UKW-Bands für Community-Radios.

Bisher versucht sich allein das 2009 verabschiedete argentinische Gesetz an einer tatsächlichen „Dekonzentration“. Es sieht Obergrenzen für Radio-, TV-, und Mobilfunkfrequenzen sowie Anteile am Kabelnetz vor. Marktbeherrschenden kommerziellen Unternehmen wurden Fristen gesetzt, sich zu verschlanken. Dank richterlicher Beschlüsse musste die Mediengruppe *Clarín* jedoch letztlich keine einzige Frequenz räumen. Die 2015 gewählte argentinische Regierung gilt zudem als unternehmerfreundlich. Sie hat für die Kommunikationsmärkte eine *laissez-faire*-Politik angekündigt. Obergrenzen beim Erwerb von Radiolizenzen dürften so bald endgültig wegfallen.

Es gibt aber auch Beispiele dafür, dass Regierungen interessante Beiträge zum Recht auf Kommunikation leisten können, wenn sie regulierend oder gestalterisch aktiv werden. Chile verabschiedete im Jahr 2010 ein spezifisches Gesetz zur Netzneutralität. Dieses besagt, dass alle Inhalte im Internet mit der selben Geschwindigkeit befördert werden

müssen, ganz gleich, ob es sich um das Onlineangebot eines kommerziellen TV-Senders oder die Clips eines nicht-kommerziellen Videokollektivs handelt.

In Brasilien wurde im Jahr 2014 ein Internet-Grundrechtekatalog verabschiedet, der noch einen Schritt weitergeht. Neben der Netzneutralität stärkt er u.a. auch den Datenschutz individueller Nutzer\*innen. Ecuador hat an anderer Stelle Akzente gesetzt. In der im Jahr 2008 verabschiedeten Verfassung werden mit dem „Recht auf interkulturelle und plurinationale Kommunikation“ die mediale Präsenz und Ausdrucksformen der indigenen Bevölkerung potentiell gefördert. Kritiker\*innen beklagen jedoch, dass diese Garantien nicht immer gewährleistet seien, besonders wenn wirtschaftliche Interessen ins Spiel kämen. In staatlich geförderten Indigena-Radios im Amazonas zum Beispiel wurden wiederholt Moderator\*innen ausgeschlossen, wenn sie sich offen gegen die Erdölförderung im Regenwald aussprachen.

Diese punktuellen Vorstöße sind oftmals im Dialog mit oder auf Druck zivilgesellschaftlicher Organisationen zustande gekommen. Diese bestehen darauf, dass die Staaten mit der Ratifizierung des Pakts von San José eine Verpflichtung eingegangen seien, der sie sich stellen müssten. Staatliches Handeln lässt sich demnach nicht länger auf ein – wie von der Interamerikanischen Pressegesellschaft – gefordertes Nicht-Eingreifen in die Presse- und Meinungsfreiheit reduzieren, das blind gegenüber sozialen und ökonomischen Aspekten der Kommunikation ist. Die Interamerikanische



Demonstration in Chile

Menschenrechtskommission machte bereits im Jahr 2002 klar: Armut und Marginalisierung schränken das Recht auf Meinungsäußerung ein.

## Konnektivität von Oben oder erweiterte Rechte von Unten?

Zu Beginn ihrer 100. Sitzungsperiode im Jahr 2000 formulierte die Interamerikanische Menschenrechtskommission vier Handlungsfelder, die das Recht auf Kommunikation systematisch stärken sollen: Die Garantie eines universellen Zugangs zu Kommunikationsmitteln, den Abbau der Medienkonzentration, die demokratische Vergabe von Radiolizenzen und die Stärkung von Pluralismus und Diversität.

Aktuelle soziale Kämpfe veranschaulichen die Relevanz dieser Agenda. Ein Stichwort liefert die Debatte um „Konnektivität“ – ein zentraler Begriff der Informationsgesellschaft. Konnektivität beschreibt die Verbindungsdichte in einem Computer-Netzwerk, wird aber vor allem herangezogen, um die Anzahl von Internetnutzer\*innen in einer bestimmten Region zu beschreiben. Im Jahr 2015 hatte in Lateinamerika nur rund die Hälfte der Bevölkerung Zugang zu schnellen Verbindungen. Den Betreibern von sozialen Netzwerken geht der weitere Ausbau der Kabel- und Glasfasernetze zu langsam voran. Deshalb bietet das privatwirtschaftliche Joint Venture internet.org (u.a. Facebook, Samsung, Opera) in Bolivien, Guatemala und Kolumbien kostenfreien Zugang zu ausgewählten Internetinhalten an.



Kritiker\*innen sehen in dem eingeschränkten Angebot dieses „Internets für die Ärmsten“ eine Verletzung der Prinzipien der Netzneutralität und Pluralität. Sprecher\*innen von indigenen Gemeinden im Amazonas, die oftmals als potentielle Zielgruppe genannt werden, fordern einen sensiblen Umgang mit Technologien. Sie fragen nach den Folgen, wenn eine bislang relativ isolierte Community unvermittelt in soziale Netzwerke katapultiert wird. Organisationen wie das brasilianische *Rede Mocambos* fordern deshalb eine dialogische Entwicklung von Kommunikationsinfrastruktur.

Verstärkt wird in den vergangenen Jahren auch die unterschiedliche gesetzliche Behandlung von Medien und Telekommunikation diskutiert. So nutzen zum Beispiel Radiosender, Mobiltelefonie, terrestrisches digitales TV und diverse Drahtlosnetze allesamt Radiofrequenzen. Für Übertragungen im elektromagnetischen Spektrum untersagt Artikel 13 des Pakts von San José klar jegliche Diskriminierung. Alle gesellschaftlichen Nutzungsvorschläge sollten gleichermaßen berücksichtigt werden, ganz gleich, um welches Medium und welche „Apparate der Nutzung“ es sich handelt. Die Realität ist jedoch eine andere. Community-Radios können beispielsweise nur für das UKW-Band Frequenzen beantragen. Und dort, wo im Zuge der Digitalisierung Frequenzen frei werden, weigern sich die Regulierungsbehörden oft, zivilgesellschaftliche Vorschläge zu diskutieren.

Auch bestehende legale Normen verstärken oftmals soziale Ausschlüsse. So stehen beispielsweise in Argentinien, Brasilien und Chile die wenigen für nicht-kommerziellen Rundfunk verfügbaren Frequenzen jenen Gruppen zu, die während eines Auswahlverfahrens die meisten Unterstützer\*innen mobilisieren. Minderheiten werden damit ausgeschlossen oder gegeneinander ausgespielt, Gruppen mit festen Organisationsformen (z.B. Kirchen, Parteien) bevorteilt.

Andere Diskussionen kreisen um die lizenzfreie Nutzung des elektromagnetischen Spektrums. Große Teile der Landbevölkerung haben immer noch schlechten oder keinen Radio- oder Mobilfunkempfang. Deshalb ist vielerorts die Idee aufgenommen, das nicht-genehmigte Senden zu erlauben und nicht länger zu kriminalisieren. So ließen

sich einfacher lokale Radiostationen aufbauen, ohne lange bürokratische Wege und polizeiliche Schließungen fürchten zu müssen. Zuletzt stoppte der brasilianische Senat im Jahr 2012 jedoch trotz großem zivilgesellschaftlichen Zuspruch einen solchen Gesetzentwurf.

Das Recht auf Kommunikation spielt auch in vielen weiteren sozialen Aushandlungen eine Rolle. Organisationen wie *Argentina Cibersegura*, die mexikanische *Rancho Electrónico* oder die *Fundación Karisma* aus Kolumbien arbeiten zu kommunikativer Sicherheit und (staatlicher) Überwachung. Andere, wie beispielsweise die brasilianische Initiative *Copyfight*, beteiligen sich an der Definition und Verteidigung öffentlicher digitaler Güter gegenüber entgrenzten Copyright-Ansprüchen.

Wieder andere beziehen sich auf das Recht auf Kommunikation, um weitere menschenrechtliche Ansprüche zu stärken, so in Argentinien. Dort denken NRO und Anwaltsgruppen das „Recht auf Wahrheit“ bewusst kommunikativ. Denn bisher versteckten sich Regierungen stets hinter der Doktrin „Nationaler Sicherheit“, wenn die Zivilgesellschaft Informationen über den Verbleib „gewaltsam Verschwundener“ verlangte. Dieser Anspruch ist zwar international anerkannt und wird von den Vereinten Nationen sowie der Organisation Amerikanischer Staaten unterstützt – allein verbindlich einfordern lässt er sich nicht. Ob die gesetzliche Anerkennung des „Rechts auf Wahrheit“ im Rahmen kommunikativer Garantien mehr Erfolg hat, wird sich zeigen.

## Innovative Ideen für ein partizipatives Medienmachen

Die Auseinandersetzungen um kommunikative Rechte zeigen, wie wichtig es ist, Pluralität, Partizipation und andere gesellschaftliche Ziele ständig neu zu diskutieren. Sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen kommt dabei eine wichtige Mittlerrolle zu – und vielerorts sind ihre innovativen Vorschläge bereits heute gelebte Wirklichkeit. Eine spannende Entwicklung findet derzeit in manchen Freien und Community-Radios statt. In den vergangenen Jahren haben diese Sender ihre partizipative Praxis auf neue Formate

und Übertragungswege wie Webradio und Streaming ausgedehnt. Community-Radios stellen mit ihrer spezifischen Infrastruktur (Studio, Stromanschluss, Antenne etc.) einen idealen Ausgangspunkt für mediale Konvergenz dar. Hier kann kollektiv die Organisation und Nutzung „neuer“ Medien erkundet werden. Sendemasten eignen sich beispielsweise hervorragend für die Schaffung drahtloser Internet-Zugänge.

In Brasilien könnten solche Non-Profit-Provider perspektivisch sogar direkt auf das staatlich organisierte Glasfasernetz zugreifen. So könnten kostengünstige Alternativen zu den im internationalen Vergleich teuren kommerziellen Anbietern in Lateinamerika geschaffen werden. Auch die Aneignung und Sozialisierung von Technologien würde damit fortgeschrieben. Einige Gemeinden organisieren unter Anleitung der NRO *Instituto do Bem Estar* bereits ihren eigenen, kollektiven Internetzugang. Die Organisation *Artigo19* wird diese Erfahrungen in einem Praxis-Handbuch aufbereiten.

Freie und Community-Radios beteiligen sich auch an der konzeptuellen Neubestimmung des elektromagnetischen Spektrums. Bereits im Jahr 2010 etablierte eine interdisziplinäre internationale Gruppe den Begriff eines „Offenen Spektrums“. Die Idee dahinter: Radiofrequenzen könnten ohne vorherige Lizenzvergabe viel effektiver genutzt werden, wenn sich alle Nutzer\*innen gemeinsamen technischen Leitlinien verpflichten würden. Für diese marktorientierte, technologische



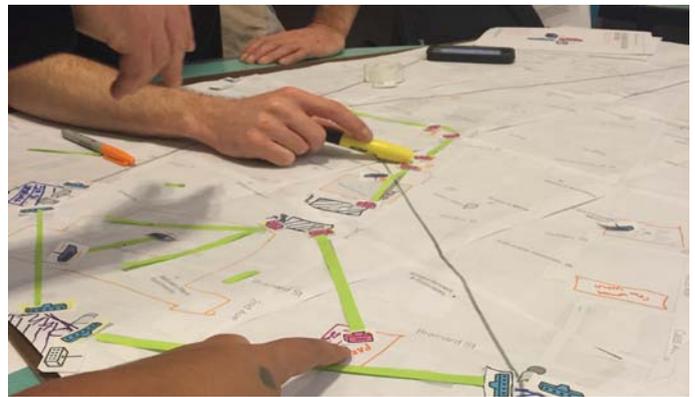
Perspektive ist ein breiter und inklusiver Zugang zu Frequenzen bestenfalls ein Nebeneffekt. In kritischer Abgrenzung formulierten brasilianische Medienaktivist\*innen, Hacker\*innen und Wissenschaftler\*innen deshalb ein Jahr später die Idee eines „Freien Spektrums“. Der Begriff definiert Radiowellen als kommunikatives Gemeingut, auf das alle Menschen ein Anrecht haben. Zu einem Zeitpunkt, wo die Abschaltung von analogen TV- und Mittelwelle-Sendern potentiell Frequenzen verfügbar macht, ist die Gruppe daran interessiert, deren Nutzung öffentlich zu debattieren, anstatt sie an kommerzielle Telekommunikationsunternehmen zu versteigern.

Bunt geht es bereits heute auf mexikanischen Frequenzen zu, seit dort die Organisation *Rhizomatica* „Mobilfunk für alle“ propagiert. Die kreative Auslegung bestehender Gesetze, die indigenen Gemeinden den Betrieb eigener Kommunikationsmittel zusichert, machte es möglich, im süd-mexikanischen Bundesstaat Oaxaca inzwischen 19 lokale Mobilfunknetze aufzubauen. Nutzten die Non-Profit-Organisation und ihre Partner anfangs noch Sondergenehmigungen, erhielt das Netzwerk im Jahr 2016 eine dauerhafte Konzession. Diese ist auch in vier weiteren Bundesstaaten gültig. Der Betrieb eines solchen Community-Mobilfunknetzes verbessert die Kommunikation in ländlichen Regionen, wo es immer noch an Festnetzen fehlt, und ermöglicht außerdem Ferngespräche zu fairen Konditionen. Statt teure Prepaidkarten kaufen zu müssen, können die Nutzer\*innen der Community-Mobilfunknetze über einen speziellen Server internationale Gespräche zum Ortstarif führen.

Eine ebenfalls im ländlichen Raum sehr erfolgreiche Initiative ist das Community Netzwerk Projekt *AlterMundi* aus Argentinien. So wie beim Mobilfunk sind in entlegenen Regionen auch Internetprovider selten und deren Dienste teuer. *AlterMundi* hilft deshalb Gemeinden beim Aufbau sogenannter mesh-Netzwerke. Solche lokalen Datennetze ermöglichen auch einen kollektiven Zugang zum Internet. Nötig ist dafür nicht viel mehr als ein auf dem Markt erhältlicher WLAN-Router und Freie Software, und schon können lokal Daten ausgetauscht oder geschattet werden. *AlterMundi* arbeitet auch an eigener Hardware und unterstützt den Aufbau freier digitaler Netze in anderen Ländern

Lateinamerikas, um Konnektivität nach eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen zu gestalten.

Auch das afro-brasilianische Netzwerk *Rede Mocambos* arbeitet an innovativen Vernetzungen. Bereits vor drei Jahren begannen rund 20 Quilombo-Gemeinden in unterschiedlichen Regionen des Landes, ihr eigenes soziales Netzwerk zu schaffen. Das Besondere an der Plattform *Bao-baxia*: Auch bei unsteten und langsamen Internetverbindungen gelingt das Hoch- und Runterladen von Daten – auch wenn es manchmal etwas länger dauert. Auf den angeschlossenen Servern (mocuas) werden Interessierten Texte, Filme, Bilder und Audios zur Verfügung gestellt – ein ständig wachsender kultureller und politischer Austausch, der dazu beiträgt, freie digitale Territorien zu schaffen.



## Neue Wege im digitalen Zeitalter

Das Recht auf Kommunikation ist nach wie vor ein umkämpfter Anspruch. Wie lässt sich der Anspruch des MacBride-Reports, „gleiche Kommunikationsbedingungen für alle“ zu schaffen, im 21. Jahrhundert verwirklichen? Diese Frage wird in Deutschland eher selten gestellt, in Südafrika, Indien und vielen Ländern Lateinamerikas dafür um so intensiver diskutiert. Der salvadorianische Forscher und Medienaktivist Leonel Herrera unterscheidet in der Region derzeit drei Perspektiven. Die erste definiert Recht auf Kommunikation als gesellschaftliche Ausweitung der Meinungs- und Informationsfreiheit. Ihr verpflichtet seien vor allem soziale Bewegungen oder Organisationen, die sich mit Kampagnen und Lobbyarbeit für erweiterte bürgerliche Rechte

einsetzen. Eine zweite Perspektive hält dagegen an einem Fächer grundlegender Rechte fest, so zum Beispiel an Bildung, Gleichberechtigung, kollektiven Eigentumstiteln indigener Gemeinschaften und natürlich auch Meinungsfreiheit. Nur gemeinsam und verschränkt könnten sie ein wirkliches Recht auf Kommunikation gewähren. Kritisiert wird zugleich offen, was diesem Ziel im Weg steht, nämlich mediale Ausschlüsse, Monopole und unilaterale Informationsflüsse. Der dritte Ansatz schließlich definiert Kommunikation nicht als Ergebnis eines Rechte-Mix, sondern als Voraussetzung aller Verfassungs- und Menschenrechte. Nötig seien deshalb verbindliche internationale Abkommen, die die Kommunikationsbedingungen aller verbessern.

Die Umsetzung aller drei Rechtsverständnisse hat sich jedoch als schwierig erwiesen. Das Ende des Zyklus lateinamerikanischer Linksregierungen hat marktorientierte Medien- und Kommunikationspolitiken neuen Auftrieb gegeben. Der Sonderberichterstatler der OAS und weitere Beobachter\*innen befürchten den Ausbau restriktiver Gesetze sowie alter und neuer Medienmonopole. Medien-Initiativen werden deshalb zunächst die Erfolge im Kleinen wie Community-Radios und lokale digitale Netze verteidigen müssen. Doch auch die zunehmende Digitalisierung der Kommunikationsmittel dürfen sie nicht aus den Augen verlieren. Denn nur so kann ihr partizipatives Potential genutzt und verhindert werden, dass sich die digitale Kluft weiter vergrößert.

Um zivilgesellschaftlichen Forderungen Gehör zu verschaffen, haben 15 Nichtregierungsorganisationen, darunter *Articulo19*, *Intervozes* und *Amedi* im Jahr 2016 die Lateinamerikanische Allianz für Diversität und Pluralismus in der Kommunikation gegründet. Um das Recht auf Kommunikation in der Region zu stärken, müssten die Nationalstaaten endlich ihrer Rolle gerecht werden und die Meinungsfreiheit effektiv schützen, heißt es in der gemeinsamen Grundsatzklärung. Zudem fordert das Bündnis den Abbau von Medienmonopolen, Reformen bei der Mediengesetzgebung und die staatliche Förderung nicht-kommerzieller und öffentlicher Medien.

Auch lateinamerikanische Menschenrechts-Institutionen werden gefordert sein. Sie könnten ein wichtiges Forum bilden, um gesellschaftliche Forderungen zu unterstützen und Begriffe zu schärfen. Empfehlungen und Urteile des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte haben auf nationalstaatlicher Ebene durchaus Veränderungen bewirken können. Ihren Ausgangspunkt hatten diese meist in den Initiativen sozialer Bewegungen und NRO. In Brasilien drängt ein zivilgesellschaftliches Bündnis die Regulierungsbehörde ANATEL derzeit zu Reformen: Die Bevölkerung müsse künftig aktiv über die Nutzung von Radiofrequenzen mitentscheiden können – eine wichtige Voraussetzung für die Entstehung neuer drahtloser Community-Medien.

Manche Organisationen wie die *Asociación de Radios y Programas Participativos de El Salvador* (ARPAS) in El Salvador haben konkrete Ansprüche an sich selbst formuliert. Bis zum Jahr 2025 sollen alle Mitgliedsradios des Netzwerks ausschließlich Freie Software (GNU-Linux) benutzen. Einen wichtigen Beitrag liefert mit seinem „Brief aus der Zukunft“ auch der Lateinamerikanische Verband für Rundfunkbildung ALER. Damit im Jahr 2020 mehr Menschen vom Recht auf Kommunikation Gebrauch machen können, gelte es heute, die Praktiken des Guten Lebens zu fördern, eine gemeinsame vernetzte Zusammenarbeit in ganz Lateinamerika anzustrengen und den Aufbau partizipativer Kommunikationsplattformen zu intensivieren.



## Infosammlung

Organisationen und Netzwerke
AlterMundi (Argentinien) <a href="http://www.altermundi.net">www.altermundi.net</a>
Artigo 19 <a href="http://www.artigo19.org">www.artigo19.org</a>
Intervozes (Brasilien) <a href="http://www.intervozes.org.br">www.intervozes.org.br</a>
Kampagne für das Recht auf Kommunikation der Universität von Costa Rica <a href="http://derechoalacomunicacion.ucr.ac.cr">http://derechoalacomunicacion.ucr.ac.cr</a>
Mexikanische Vereinigung für das Recht auf Information AMEDI <a href="http://www.amedi.org.mx">www.amedi.org.mx</a>
Observatorium für das Recht auf Kommunikation (Brasilien) <a href="http://www.intervozes.org.br/direitoacomunicacao/">www.intervozes.org.br/direitoacomunicacao/</a>
Rhizomatica (Mexiko) <a href="http://www.rhizomatica.org">www.rhizomatica.org</a>
Weltverband der Community-Radios AMARC <a href="http://www.amarc.org">www.amarc.org</a>

Internationale Abkommen und Berichte
Reporter ohne Grenzen - Jahresbericht Amerikas 2015 <a href="http://www.informeanualrsf.es/informe-anual-2015/america/">www.informeanualrsf.es/informe-anual-2015/america/</a>
UNESCO - MacBride Report <a href="http://unesdoc.unesco.org/images/0004/000400/040066eb.pdf">http://unesdoc.unesco.org/images/0004/000400/040066eb.pdf</a>

Audio
Cocoma-Indigenas mit Flussgeistern gegen Schwimmbagger. Autor: Nils Brock <a href="http://www.npla.de/podcast/peru-cocoma-indigenas-mit-flussgeistern-gegen-schwimmbagger">www.npla.de/podcast/peru-cocoma-indigenas-mit-flussgeistern-gegen-schwimmbagger</a>

Texte
Belisario, Adriano (2016): Espectro Livre como alternativa tecnopolítica à vigilância.
Brock, Nils (2016): Nachhaltige Kommunikation und freie digitale Territorien. <a href="http://www.npla.de/poonal/nachhaltige-kommunikation-und-freie-digitale-territorien">www.npla.de/poonal/nachhaltige-kommunikation-und-freie-digitale-territorien</a>
Brock, Nils (2016): Convergência midiática – a história de uma apropriação popular.
C.R.I.S. (2005): Assessing Communication Rights: A Handbook
Herrera, Leonel (2014): El derecho humano a la comunicación.
Loretti, Damian/ Lozano, Luis (2015): El derecho a comunicar: los conflictos en torno a la libertad de expresión en las sociedades contemporáneas.
Malerba, Joao (2012): Panorama da situação legal na América Sul.
Mauersberger, Christof (2015): Whose Voice Gets on the Air? Advocacy Coalitions and Democratizing Media Reforms in Latin America.
Vaseva, Lyudmila (2016): „Am Anfang war der Hackathon“. Interview mit Netzaktivist Gui Iribaren von AlterMundi. In: Lateinamerika Nachrichten, Ausgabe 504

**Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.** Köpenicker Str. 187/188, 10997 Berlin  
**E-Mail:** [info@npla.de](mailto:info@npla.de)  
**Internet:** [www.npla.de](http://www.npla.de)  
**Spendenkonto:** Volksbank Berlin, Kontonr.: 7196 7040 05, BLZ: 100 900 00

Autor: Nils Brock  
Redaktion und Gestaltung: Kristin Gebhardt  
Fotos: S.1+S.7-AlterMundi, S.3-Pororoca  
S.5-ECO, S.8-Ana Rivas, S.9-N.Brock

Dezember 2016



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der NPLA verantwortlich. Die dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Förderer wieder.



Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch  
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des:

